

# Zürcher Cannabis-Studie

---

⇒ [stadt-zuerich.ch/cannabisprojekt](https://stadt-zuerich.ch/cannabisprojekt)


Die Stadt Zürich engagiert sich für eine Regulierung des Cannabiskonsums. Wissenschaftliche Studien sollen eine sachliche Grundlage für eine Diskussion zur Weiterentwicklung der Cannabispolitik liefern.



## Aktuell

---

Der auf Herbst 2022 geplante Start von «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung» verzögert sich um einige Monate. Die abschliessende Bewilligung vom BAG ist noch ausstehend, die der Ethikkommission liegt bereits vor. Der Anbau von Studiencannabis darf erst nach Vorliegen der BAG-Bewilligung starten. Da jedoch während der Wintermonate kein Hanfanbau erfolgen kann, verschiebt sich der Verkaufsstart von Studiencannabis ins erste Halbjahr 2023. Die Aufnahme von Studienteilnehmenden wird einige Monate vor Verkaufsstart beginnen.

Personen, die sich für eine Teilnahme als Konsumierende interessieren, können sich weiterhin [hier](#)  auf eine Warteliste setzen lassen. Sie erhalten eine Benachrichtigung, sobald die Anmeldung für einen Studienplatz möglich ist.

Das gesundheitliche Gefährdungspotenzial von Cannabis wird im Vergleich zu legalen Substanzen wie Alkohol und Tabak als eher tief bewertet. Dennoch ist der Konsum von Cannabis mit nicht vernachlässigbaren Gesundheitsrisiken verbunden. Trotz Verbot ist die Häufigkeit des Cannabiskonsums sehr hoch und weiterhin zunehmend. Zudem bringt der illegale Schwarzmarkt Produkte in den Verkehr, die weitaus schädlicher sind, als es legale Produkte mit staatlichen Vorgaben wären. Im Hinblick auf eine mögliche Änderung des Betäubungsmittelgesetzes hat der Bund entschieden, dass unterschiedliche Regulierungsmöglichkeiten des kontrollierten Cannabisverkaufs zu Genusszwecken wissenschaftlich untersucht werden sollen.

Die Zürcher Cannabis-Studie **«Züri Can – Cannabis mit Verantwortung»** erforscht zum einen, welche Modelle des regulierten Verkaufs in der Schweiz umsetzbar sind und welche Rahmen- und Kontrollbedingungen dafür seitens der Gemeinden geschaffen werden müssen.